



## INHALT MÄRZ 2010

### SEITE 1 **DISKRIMINIERUNG AUF DEM ARBEITSMARKT**

Institut zur Zukunft der Arbeit untersucht Verhalten der Unternehmen

#### **ZAHLENWERK**

Herkunft der längerfristig Zugewanderten 2007

### SEITE 2 **DISKRIMINIERUNG NACH AGG**

Hamburger Arbeitsgericht verurteilt Post AG

#### **BILANZ 2009**

Jahresbericht des Interkulturellen Rats

#### **EHER OPTIMISTISCH**

Bertelsmann Stiftung: Mehrheit der Zuwanderer glaubt an eine gute Zukunft

### SEITE 3 **AFRIKAS MIGRATIONSPOTENZIAL**

Neue Studie des BAMF zu möglichen Wanderungsbewegungen

#### **ZAHL DER ASYLANTRÄGE STEIGT**

Daten des BAMF

#### **MIGRATIONSBERICHT 2008**

BAMF: Wanderungsgeschehen in Deutschland

#### **TERMINE**

und Veranstaltungen

### SEITE 4 **INTERKULTURELLE VERANTWORTUNG**

Kommentar von Nihat Öztürk, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Düsseldorf – Neuss

## DISKRIMINIERUNG AUF DEM ARBEITSMARKT

**Institut zur Zukunft der Arbeit untersucht Verhalten der Unternehmen**

**T**rotz Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und des Bekenntnisses zum Zuwanderungsland existiert nach wie vor eklatante Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Stellenbewerber mit ausländischen Wurzeln haben es immer noch deutlich schwerer eine Stelle zu finden. Dies geht aus einer aktuellen Studie hervor, die beim Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) Anfang Februar veröffentlicht wurde.

Forscher der Universität Konstanz haben über 1.000 Bewerbungen auf Praktikumsstellen für Wirtschaftsstudenten verschickt, die inhaltlich gleichwertige Unterlagen enthielten und denen zufällig ein Name eindeutig deutscher oder türkischer Herkunft zugeordnet wurde. Die Bewerber verfügten jedoch nicht nur über dieselben Qualifikationen und Fähigkeiten, sondern waren auch alle ausnahmslos

deutsche Muttersprachler und Staatsbürger.

Bewerberinnen und Bewerber scheinbar türkischer Herkunft erhielten insgesamt 14 Prozent weniger positive Antworten als jene mit deutschem Namen. In kleinen Betrieben ist der Unterschied sogar noch ausgeprägter. Hier beträgt die Diskrepanz 24 Prozent.

Auch wenn dieses Verhalten weder zu begrüßen noch gesetzeskonform ist, schneiden deutsche Arbeitgeber im internationalen Vergleich vergleichsweise gut ab. In Ländern wie den USA oder Großbritannien und auch Schweden herrscht eine stärkere Benachteiligung ethnischer Minderheiten. Allerdings deckt die Studie lediglich Stellen für hochqualifizierte Bewerber ab und kann deshalb über andere Bereiche keine Aussagen machen. Die Studie geht jedoch davon aus, dass in Arbeitsmarktbereichen, in denen kein Fachkräftemangel herrscht oder sogar Überfluss an Arbeitskräften besteht,



die Diskriminierung stärker ausgeprägt ist.

Ein weiteres interessantes Detail der Studie ist die Tatsache, dass die Chancen der türkischstämmigen Bewerber drastisch steigen, wenn Empfehlungsschreiben von früheren Arbeitgebern beigelegt wurden.

Die Studie „Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment“ steht zum Download bereit unter:

[www.migration-online.de/iza\\_studie](http://www.migration-online.de/iza_studie)

### ZAHLENWERK

#### Herkunft der längerfristig Zugewanderten 2007 (in Prozent)

Polen	17,3
Rumänien	6,2
Türkei	5,6
Bulgarien	3,7
China	3,3
Russische Föderation	3,2
Italien	3,1
Vereinigte Staaten	3,1
Niederlande	3,1
Ungarn	2,7
sonstige	48,7

Quelle: Migrationsbericht 2008 (erschienen Februar 2010) Daten: Ausländerzentralregister (AZR)

Erfasst sind hier im Jahr 2007 eingereiste ausländische Staatsangehörige, die sich mindestens ein Jahr in Deutschland aufgehalten haben. Diese Definition entspricht einer „EU-

Verordnung über Gemeinschaftsstatistiken in den Bereichen Migration und internationaler Schutz“.

Insgesamt sind rund 275.000 Menschen entsprechend diesen Kriterien eingereist. Das Statistische Bundesamt weist für 2007 knapp 575.000 Zuzüge aus. In der Differenz enthalten

sind vor allem Zuwanderer, die für weniger als ein Jahr nach Deutschland gekommen sind. Daneben können auch Menschen mehrfach ein- und ausgereist sein, was sich in der Statistik niederschlägt. Das Statistische Bundesamt erfasst die Zuzugsfälle und nicht wie das AZR die zugezogenen Personen.

# DISKRIMINIERUNG NACH AGG

**Hamburger Arbeitsgericht  
verurteilt Post AG**

**D**as Hamburger Arbeitsgericht verurteilte die Deutsche Post AG am 26. Januar 2010 zu einer Entschädigungszahlung von 5.400 Euro nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Der Kläger, Leon O., ein 38-jähriger Sportlehrer aus der Elfenbeinküste, hatte sich drei Mal bei der Post als Briefzusteller beworben. Jedes Mal wurde er – obwohl die Post über Monate hinweg Zusteller suchte – abgelehnt. Nach der dritten Ablehnung erfuhr er den Grund: seine Sprachkenntnisse seien nicht ausreichend. Dies habe die Post AG durch ein Telefonat mit dem Kläger festgestellt.

Leon O., der seit zehn Jahren in Deutschland lebt, wandte sich an die

Beratungsstelle basis & woge e.V. Über den Rechtsanwalt Sebastian Busch wurde schließlich eine Klage vor dem Arbeitsgericht eingereicht. Seine Bewerbungsunterlagen waren offenbar gar nicht angesehen worden, vermutet Birte Weiß von basis & woge, aus denen gehe nämlich eindeutig hervor, dass seine Deutschkenntnisse sehr gut seien.

Das Gericht befasste sich nicht mit der Vermutung, dass Leon O. wegen seiner Herkunft abgelehnt wurde, sondern mit der Ablehnung wegen mangelnder Deutschkenntnisse. Ein unangekündigter Anruf – so das Gericht – benachteilige Menschen, die Deutsch als Zweitsprache sprechen und durch die Art des Vorgehens deshalb überumpelt werden.

Die schriftliche Urteilsbegründung liegt noch nicht vor.



## BILANZ 2009

**Jahresbericht des  
Interkulturellen Rats**



**D**er Interkulturelle Rat (IR) hat Anfang des Jahres seinen Arbeitsbericht für das vergangene Jahr vorgelegt. Neben dem Schwerpunkt der Arbeit, der in der Vorbereitung und Durchführung der Internationalen Wochen gegen Rassismus lag, wurden ver-

schiedenste Dialog- und Vernetzungsprojekte durchgeführt, die auf eine Verbesserung des Miteinanders von Menschen verschiedener Herkunft und Religion abzielten. Ein weiterer Beitrag waren Kampagnen, die für eine Verbesserung von politischer Partizipation von Migranten und besonders Flüchtlingen eintraten, wie beispielsweise die Forderung nach einem kommunalen Wahlrecht für alle, die Abschaffung des Optionszwangs oder die Untersuchung der Bedingungen und Praktiken der Abschiebehaft in Deutschland.

Der Jahresbericht kann im Internet heruntergeladen werden unter:

[www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/bericht-2009](http://www.interkultureller-rat.de/wp-content/uploads/bericht-2009)



## EHER OPTIMISTISCH

**Bertelsmann Stiftung: Mehrheit  
der Zuwanderer glaubt an eine  
gute Zukunft**

**Z**uwanderer schauen mit Zuversicht in das kommende Jahrzehnt. 53 Prozent von ihnen glauben mit Blick auf die nächsten zehn Jahre an eine gute Zukunft in Deutschland, bei den unter 25-Jährigen sind es sogar 70 Prozent. Besonders zuversichtlich sind demnach Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion: 63 Prozent von ihnen blicken optimistisch in die Zukunft, bei Menschen mit türkischer Abstammung sind es hingegen nur 45 Prozent. Trotz der insgesamt positiven Zukunftseinschätzung fürchtet allerdings mehr als ein Drittel (37 Prozent) aller Befragten, dass die Spannungen zwischen Deutschen und Zuwanderern zunehmen werden.

Diese Daten wurden Anfang Januar von der Bertelsmann Stiftung veröffentlicht und entstammen einer repräsentativen Umfrage, die vom Institut für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt wurde.

Der Studie zufolge rechnen 42 Prozent der Zuwanderer damit, dass die Unterschiede zwischen Deutschen und Zuwanderern in den kommenden zehn Jahren abnehmen. Skeptischer sind sie, wenn es um die Wertschätzung von Menschen ausländischer Herkunft durch die Deutschen geht: Nur ein Drittel der Befragten glaubt, dass diese in Zukunft steigt. Lediglich 28 Prozent von ihnen erwarten, dass bei politischen Entscheidungen in Zukunft stärker auf die Bedürfnisse der Zuwanderer geachtet wird.

Die eigene „gefühlte“ Integration schätzen die verschiedenen Zuwanderergruppen sehr unterschiedlich ein. Demnach fühlen sich 88 Prozent der Menschen mit spanischer Abstammung stark oder zumindest mittelstark integriert. Dieser Anteil ist bei Menschen türkischer Herkunft (58 Prozent) und bei Russischstämmigen (62 Prozent) deutlich geringer.

Zuwanderer aus diesen Ländern sehen sich aber auch häufiger Diskriminierungen ausgesetzt: 58 Prozent der Türkeistämmigen und 49 Prozent der Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion haben sich aufgrund ihrer Herkunft in Deutschland schon einmal ungerecht behandelt gefühlt; im Durchschnitt aller Zuwanderer sind es 46 Prozent. Dennoch setzen die Menschen ausländischer Herkunft auf das Miteinander mit den Deutschen: Nur jeder fünfte von ihnen ist der Ansicht, dass Zuwanderer in Deutschland in Zukunft immer mehr unter sich bleiben werden.

Aus der Studie wurden sieben Tabellen (als JPEG) veröffentlicht, die heruntergeladen werden können unter:

[www.migration-online.de/zukunftserwartung1](http://www.migration-online.de/zukunftserwartung1)  
[www.migration-online.de/zukunftserwartung2](http://www.migration-online.de/zukunftserwartung2)  
[www.migration-online.de/zukunftserwartung3](http://www.migration-online.de/zukunftserwartung3)  
[www.migration-online.de/zukunftserwartung4](http://www.migration-online.de/zukunftserwartung4)  
[www.migration-online.de/zukunftserwartung5](http://www.migration-online.de/zukunftserwartung5)  
[www.migration-online.de/zukunftserwartung6](http://www.migration-online.de/zukunftserwartung6)  
[www.migration-online.de/zukunftserwartung7](http://www.migration-online.de/zukunftserwartung7)

# AFRIKAS MIGRATIONSPOTENZIAL

## Neue Studie des BAMF zu möglichen Wanderungsbewegungen

**D**as Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) veröffentlichte Ende Januar im Auftrag des Bundesinnenministeriums eine Studie mit dem Titel „Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika“, die eine qualitative Einschätzung zukünftiger Migrationsbewegungen aus Afrika in Richtung Europa liefern soll.

Hierbei wird zuerst das Migrationspotenzial untersucht, das laut Studie aus der Entwicklungsdifferenz demografischer, politischer, ökologischer und ökonomischer Faktoren zwischen der Herkunftsregion und der angestrebten Zielregion entsteht. Die Untersuchung aller vier Faktoren lässt auf ein steigendes Migrationspotenzial schließen.

Aus demografischer Sicht steigt die Abwanderungsbereitschaft, da sowohl das starke Bevölkerungswachstum als auch die ausnehmend junge

Alterstruktur die Abwanderungswahrscheinlichkeit steigen lässt. Betrachtet man diese demografischen Veränderungen und verbindet sie mit den größtenteils schlechten ökonomischen Bedingungen – den schlechten Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsmarktchancen – kommt man zu dem Schluss, dass sich in Afrika „Wirtschaftsschwäche und Bevölkerungswachstum in höchst ungünstiger Weise kombinieren“.

Rechnet man dann noch die politische Instabilität, politische Verfolgung und die sich häufenden Menschenrechtsverletzungen hinzu und bedenkt den durch den Klimawandel entstehenden Migrationsdruck, entsteht ein Bild, das ein sehr hohes Migrationspotenzial zeichnet.

Dem entgegen steht jedoch das bisherige afrikanische Migrationsverhalten, das im Zusammenhang mit Flucht- und Asylnigration und auch klimatischer Migration die kurze Wanderung in benachbarte Regionen der interkontinentalen Migration gegenüber bevorzugt.

Basierend auf der Analyse bisheriger Migrationsbewegungen nach Europa kann davon ausgegangen werden, dass die südeuropäischen Staaten Spanien, Frankreich und Italien Hauptzielländer bleiben werden.

Die Untersuchung kommt zu dem Schluss, dass „Zuwanderung aus Afrika weiterhin vor allem zum Zweck des Familiennachzugs und der Ausbildung erfolgen“ werde. Die „Arbeitsmigration (Hoch)Qualifizierter nach Europa dürfte ansteigen“. Weiterhin heißt es: „Sich ausweitende Kriege und schwere Konflikte sowie humanitäre Krisen und Umweltkatastrophen bei schwindender Aufnahmekapazität innerhalb Afrikas würden das Flucht- und Asylnutzenpotenzial von Afrika nach Europa erhöhen.“ Für Deutschland wird jedoch kein signifikanter Zuwanderungsanstieg erwartet.

Die Studie kann im Internet heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/migrationspotenzial\\_afrika](http://www.migration-online.de/migrationspotenzial_afrika)

# TERMINE

## und Veranstaltungen



### Ausgegrenzt? Wahrnehmung und Selbstverständnis von Muslimen im Arbeitsleben

Tagung: 19.03.2010, Düsseldorf

### Neue Kommunikationsanforderungen im Beruf? Kein Problem! Sprachbedarfe feststellen

Seminar: 19.–20.03.2010

Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf

### Gesteigerte Kommunikationsanforderungen im Beruf – Sprachbedarfe feststellen

Seminar: 19.–20.03.2010

Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf

### Aktuelle Entwicklungen im Zuwanderungs- und Einbürgerungsrecht

Seminar: 12.–13.04.2010

DGB Tagungszentrum Hattingen

### Selbstbewusst am Arbeitsplatz kommunizieren! Stärkung von und Motivation zu arbeitsplatzbezogener Sprachförderung

Seminar: 16.–17.04.2010

Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf

### Erfolgreiche Kommunikation am Arbeitsplatz – Stärkung von und Motivation zu arbeitsplatzbezogener Sprachförderung

Seminar: 16.–17.04.2010

Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf

### Forum Weiterbildung – Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund – Regionaltagung West

Tagung: 22.04.2010 Dortmund

### Workshop: African Community – Afrikanische Migranten in Deutschland und ihre gesellschaftliche Integration

Seminar: 23.04.2010

Hans-Böckler-Haus, Düsseldorf

### Akquise – Mittelbeschaffung für die beruflich-betriebliche Weiterbildung

Seminar: 26.–28.04.2010

DGB Tagungszentrum Hattingen

# ZAHL DER ASYLANTRÄGE STEIGT

## Daten des BAMF

**I**m Januar 2010 wurden bundesweit 2.659 Asylanträge gestellt. Das geht aus der neuesten Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge hervor. Im Vergleich zum Vormonat (Dezember 2009) gab es 489 Asylanträge mehr, was einen Zuwachs von mehr als zwanzig Prozent bedeutet. Im

Vergleich zum Vorjahresmonat Januar ist der Anstieg signifikant, aber nicht drastisch. 317 Personen mehr als im letzten Jahr beantragten Asyl.

Insgesamt erhielten 419 Personen Flüchtlingsstatus und 140 Personen subsidiären Schutz. Die Herkunftsländer sind wie meist Irak (522), Afghanistan (469) und Iran (156).



# MIGRATIONSBERICHT 2008

## BAMF: Wanderungsgeschehen in Deutschland

**A**nfang Februar ist der Migrationsbericht 2008 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erschienen, der im Auftrag der Bundesregierung erstellt wird. Dargestellt werden die verschiedenen Bereiche des Migrationsgeschehens. Das umfasst zunächst die Zu- und Abwanderung, unterteilt nach Alter, Geschlecht, Zweck der Wanderung, Ziel- bzw. Herkunftsländer etc. Daneben werden die einzelnen Zuwanderergruppen

untersucht und die rechtlichen Wege über die sie nach Deutschland kommen. Ein gesondertes Kapitel ist dabei der irregulären Migration gewidmet. Diese Daten werden auch in einen europäischen Vergleich gestellt. Ein weiteres Kapitel widmet sich der Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Es wird auch ein Blick auf die Abwanderung von Deutschen und Ausländerinnen/Ausländern geworfen.

Zusätzlich ist in diesem siebten Migrationsbericht ein Sonderkapitel eingefügt, das das Thema Migration und

Entwicklung behandelt. Hintergrund ist die andauernde Diskussion um zirkuläre Migration und die entsprechenden Vereinbarungen auf europäischer Ebene, etwa der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl. Der Schwerpunkt hierbei liegt in der Zuwanderung aus Entwicklungsländern nach Deutschland.

Der Migrationsbericht 2008 kann im Internet heruntergeladen werden unter:

[www.migration-online.de/migrationsbericht\\_2008](http://www.migration-online.de/migrationsbericht_2008)



## INTERKULTURELLE VERANTWORTUNG

### KOMMENTAR

**Nihat Öztürk, Erster Bevollmächtigter der IG Metall  
Düsseldorf – Neuss**



Seit einigen Jahren wird viel über das Thema interkulturelle Öffnung diskutiert. Dabei geht es nicht nur um öffentliche Verwaltungen, sondern auch darum die „Sperrung von (ethnischen) Statuslinien“ zu überwinden. Die Debatte kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die ökonomische, politische und soziale Ungleichheit und die damit einhergehende Diskriminierung und Ausgrenzung von MigrantInnen zunimmt.

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen verstärkt sich diese Entwicklung:

- der Anteil von MigrantInnen unter den Erwerbslosen, bei prekär Beschäftigten und Leiharbeitern sowie Hartz IV-Bezieher ist extrem hoch,
- diejenigen, die eine Beschäftigung haben, verrichten zumeist angelernte Tätigkeiten in der Produktion oder in einfachen und gering bezahlten Dienstleistungsbranchen,
- die Selbstständigkeit, über die viel geredet wird, ist oft nur eine Alternative zu prekärer Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit.

Die Folgen dieser Entwicklung sind unverkennbar:

- die Erwerbs- und Ausbildungsquote ist auf ein historisches Tief gesunken,
- die soziale Armut ist dramatisch angestiegen,
- die Gefahr der Ethnisierung und Selbstethnisierung (Wunsch nach Nähe, Kontakt und „Geborgenheit“ im eigenen Milieu) nimmt zu – eine gefährliche Entwicklung, weil hierdurch die soziale Isolation gefördert wird.

Fazit: „Interkulturelle Öffnung“ wird debattiert, der Ausbildungs- und Arbeitsmarkt bleibt aber fast unberücksichtigt, die ethnische Segmentierung nimmt zu! Damit besteht die Gefahr, dass der Begriff „interkulturelle Öffnung“ zur Worthölse wird, wie der inhaltsleere plakative Internationalismus der 1970er-Jahre.

Es gibt aber auch noch eine andere Realität. Die deutsche Gesellschaft ist interkulturell. Das kann man gut oder schlecht finden, nur ändern kann man das nicht. Und diese Realität wird angesichts der demografischen Entwicklung außerordentlich an Bedeutung gewinnen. In vielen Ballungsgebieten wird zukünftig der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter 30 Jahren bei über 40 Prozent liegen.

Diese beiden Anlässe müssten zwingend dazu führen, dass die wichtigen Akteure in der Gesellschaft interkulturelle Verantwortung übernehmen. Zu den großen Akteuren zählen neben der Politik und den Arbeitgebern auch die Gewerkschaften. Bei der Wahrnehmung interkultureller Verantwortung haben die Gewerkschaften durchaus einen Vorsprung. Sie haben sich mit Beginn der Anwerbung für die ausländischen Kolleginnen und Kollegen geöffnet. Deren Organisation und Vertretung gehören zu den größten Erfolgen der IG Metall in der Nachkriegsgeschichte (Berthold Huber). Anfang der 1960er-Jahre gab es in der Organisation rund 10.000 ausländische Mitglieder in der IG Metall. Zu den Spitzenzeiten waren es 300.000, heute sind es 200.000 mit Ausländerstatus. Dazu kommen zehntausende Eingebürgerte mit Migrationshintergrund. Mit der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 wurde die Vertretung noch einmal deutlich verbessert. Heute übernehmen MigrantInnen als Vertrauensleute, Betriebsräte oder auch Betriebsratsvorsitzende Verantwortung in Betrieb und Gewerkschaft. Teilweise sind sie auch in

Aufsichtsräten und hauptamtlichen Funktionen. Gleiche Erfolge haben übrigens auch die anderen Gewerkschaften des DGB zu verzeichnen.

Eine Schwierigkeit ergibt sich nun aus der Struktur, in der Gewerkschaftsarbeit abläuft. In der IG Metall gibt es, wie in den meisten Gewerkschaften, die Personengruppenarbeit. Die ist wichtig, um die Zielgruppe zu erreichen und an die Organisation zu binden. Und natürlich sind die entsprechenden Arbeitsstrukturen wie Ausschüsse notwendig. Wie akut nötig diese Aufgabe ist, sieht man an den rückläufigen Mitgliederzahlen von MigrantInnen in der Wirtschaftskrise. Aber: Die Wahrnehmung interkultureller Verantwortung darf keine segregierte Arbeit von Funktionären mit Migrationshintergrund sein, sondern muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden, die in den Kernhandlungsfeldern und in allen Gliederungen präsent ist.

Nun weiß ich um die Gefahr, ein Thema zur Querschnittsaufgabe zu machen. Da kann es passieren, dass alle zuständig sind, aber keiner sich zuständig fühlt. Zudem kann „Querschnitt“ auch dazu genutzt werden, die Personen- und Zielgruppenarbeit abzuschaffen – jedoch beides ist notwendig. Das heißt: Das Thema interkulturelle Verantwortung muss inhaltlich in die Bereiche eingebunden werden – von der gewerkschaftlichen Betriebsarbeit bis zu Kampagnen zur Werbung junger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Gewerkschaft. Unerlässlich ist auch, dass sich die Gewerkschaften für eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive einsetzen sowie öffentliche Kampagnen zur politischen Partizipation der MigrantInnen (Kommunales Wahlrecht für alle, Forderung nach Mehrstaatlichkeit, Abschaffung des Optionszwangs) mittragen und unterstützen. Kurzum: Die Zukunft der Gewerkschaften muss nicht nur jugendlicher und weiblicher sein, sondern auch kulturell vielfältiger.

### GEFÖRDERT DURCH



Bundesministerium  
des Innern



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds

### IMPRESSUM



**DGB**  
BILDUNGSWERK BUND

### HERAUSGEBER

DGB Bildungswerk  
Vorsitzender: Dietmar Hexel  
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

### VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Leo Monz

### KOORDINATION

Michaela Dälken

### REDAKTION

Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt

### LAYOUT

Gitte Becker

### DTP/REINZEICHNUNG

Gerd Spliethoff

### FOTOS

Gitte Becker; Paul Glaser; photocase;  
Blackfish, cacion, T. Windecker

### ERSCHEINUNGSWEISE

Monatlich

### ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

DGB Bildungswerk  
Bereich Migration & Qualifizierung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 99  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de